Stellungnahme der Stadtverwaltung Erfurt zur Drucksache 0048/17

Titel

Einführung einer Integrationsquote für Schüler/innen mit Deutsch als Zweitsprache an Erfurter Grundschulen

Öffentlichkeitsstatus

öffentlich

Stellungnahme

- 1. Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, Maßnahmen zu ergreifen und insbesondere mit dem Staatlichen Schulamt Mittelthüringen Gespräche zu führen, um eine Integrationsquote von maximal 25 Prozent für Schüler/innen mit Deutsch als Zweitsprache pro Lerngruppe an den staatlichen Erfurter Grundschulen einzuführen.**

Bereits Ende 2015 wurde mit dem Staatlichen Schulamt Mittelthüringen (SSA) über die Regulierung der Schüler mit Förderbedarfen im Bereich Deutsch als Zweitsprache diskutiert. Weitere Schritte wurden damals verworfen, weil der Verantwortungsbereich vollständig beim Freistaat Thüringen liegt. Selbst wenn die Stadt Erfurt eine solche Quote beschließen würde, müsste sich das SSA bei den Zuweisungen nicht an diese halten, da es keine gesetzliche Grundlage für eine solche Integrationsquote gibt.

Zielführend wäre eine Einführung der Quote durch den Freistaat Thüringen.

Aktuell werden die Schüler vom SSA an die jeweiligen Erfurter Schulen zugewiesen. Über diesen Weg könnte eine Regulierung erfolgen. Die Stadt Erfurt hat keinen Einfluss darauf, an welche Schule die Zuweisung erfolgt. Das Amt für Bildung bekommt **nachträglich** die Informationen dazu. Nach diesen Informationen der erfolgten Zuweisungen werden dann über das Amt für Bildung ggf. Schülerbeförderungskosten beglichen.

- 2. Zur Umsetzung der Integrationsquote werden für die Schüler/innen mit Deutsch als Zweitsprache im Rahmen der Überarbeitung des Schulnetzplanes die bisherigen Schuleinzugsgebiete im Bereich der Grundschulen abgeschafft. Die von den Schulleiter/innen festgelegte Maximalkapazität für die Schulen wird dabei nicht verändert.**

Es kann nicht von Vorteil sein, für einzelne Schülergruppen separate Verfahrensweisen innerhalb der Stadt Erfurt installieren zu wollen. Die Auswirkungen darauf wären aus der Sicht des Amtes für Bildung nicht kalkulierbar.

Eine diesbezügliche Überarbeitung des Schulnetzplanes erscheint nicht notwendig, da das SSA jeden Schüler (mit Förderbedarf Deutsch als Zweitsprache) separat an eine Schule in Erfurt zuweist. Schulzuweisungen werden an die nächstmögliche, aufnahmefähige Schule veranlasst. Diese Verfahrensweise wird bereits für Schüler mit Behinderungen angewandt.

Wie o. g. müsste der Freistaat Thüringen eine Integrationsquote beschließen, welche dann als Verfahrensweise auch für das SSA bei der Umsetzung bindend wäre.

Anlagen

gez. Dr. Ungewiß

Unterschrift Amtsleiter Amt für Bildung

07.06.2017

Datum